

Institutionelle Säulen neoliberaler Weltpolitik: IWF, WB und WTO

Heute möchte ich den Blick auf internationale Zusammenhänge werfen, und da kommen wir nicht umhin uns mit den institutionellen Säulen neoliberaler Weltpolitik zu beschäftigen, nämlich mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank (WB) und – falls wir heute noch dazu kommen – mit der World Trade Organisation (WTO). Das erfordert ein bisschen in der Geschichte dieser Institutionen zurückzublicken, weil man nur aus dem Werden dieser Institutionen auch ihre Funktion erkennt und auch den Funktionswandel nachzeichnen kann.

Gegen Ende des 2. Weltkrieges wurde auf Seiten der Alliierten, vor allem unter der Führung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens, über eine neue Konzeption des internationalen Wirtschafts- und Währungssystems verhandelt. Auf der Wirtschaftskonferenz 1944 in Bretton Woods beschlossen damals 44 Staaten die Gründung des IWF und der Weltbank, die eigentlich „Internationale Bank für Aufbau und Entwicklung“ hieß. Das waren die institutionellen Elemente eines neuen Weltwährungssystems. Mit ihnen wurden auf der Grundlage eines internationalen Vertrages erstmals funktional eigenständige Einrichtungen, ansatzweise internationale Steuerungsorganisationen für das Währungssystem und auch für den Kapitalhilfebereich geschaffen, mit der Aufgabe Währungsstabilität zu schaffen, um Finanzkrisen zu vermeiden.

Die Bretton-Woods-Ära

IWF und WB waren die relevanten Gestalter der so genannten „Bretton-Woods-Ära“, die von 1945 bis 1971 dauerte.

1971 gilt als Wendepunkt in der Geschichte des Nachkriegskapitalismus: Am 15. August 1971 gab US-Präsident Nixon in einer sonntäglichen Fernsehansprache an die Nation ohne vorherige Warnung der anderen Partner bekannt, dass die USA die Golddeckung des Dollars aufheben. Die Verpflichtung der USA, internationale Dollarguthaben zu einem festen Satz einzutauschen, hatte bis dahin einen sehr wichtigen Eckpfeiler des Nachkriegsfinanzsystems gebildet. Nixons einseitige Aufkündigung hat dem so genannten Bretton-Woods-System letztendlich den Todesstoß versetzt.

Die Vereinbarung, die 1944 erzielt wurde, war eigentlich das Resultat einer mehrjährigen Diskussion und das Ergebnis von Auseinandersetzungen zwischen führenden Wirtschafts- und Finanzexperten der britischen und amerikanischen Regierung. In der Roosevelt-Administration, insbesondere im Außenministerium, hatte sich gegen Kriegsende die Überzeugung durchgesetzt, dass die ökonomischen und politischen Krisen der 1930er Jahre ihre grundlegende Ursache im Anwachsen des Protektionismus hatten. Die nationalen Regierungen hätten sich zu Lasten des Funktionierens der Weltwirtschaft lediglich um die Lösung ihrer unmittelbaren Probleme im eigenen Land gekümmert, und hätten gewissermaßen die Weltwirtschaft als Ganzes außer Betracht gelassen. Als weiteren Faktor, der zu den krisenhaften Elementen beigetragen hätte, betrachtete man den freien internationalen Kapitalfluss. Er hätte nämlich nationale Wirtschaften destabilisiert und einen Abwertungswettbewerb nationaler Währungen ausgelöst, was sich eben auf den Welthandel verheerend ausgewirkt hätte.

Überlegungen über die Formen der Nachkriegsweltwirtschaft wurden schon sehr früh angestellt, nämlich, als Roosevelt 1941 Churchill traf, um die Bedingungen zum „Lend Lease“ zu besprechen. Beim „Lend Lease Act“ ging es im Grunde darum, dass in einer gewissen Phase des Krieges – nämlich zum Zeitpunkt des deutschen Angriffs auf Polen – sich die USA zunächst einmal als neutral erklärt haben – sozusagen eine isolationistische Tradition verfolgt haben, sie wollten sich zunächst aus dem Krieg heraushalten – und erst mit der Niederlage Polens gelang es Roosevelt eine veränderte Außenpolitik durchzusetzen. Er hat auf der Basis von „cash & carry“ – Barzahlung und Transport auf nichtamerikanischen Schiffen – Waffenlieferungen zugelassen. So sind die USA in den Krieg neu hineingekommen und die Briten waren diejenigen, die von diesem „lend lease“ profitiert haben. Sie wurden de facto durch die USA unterstützt.

Im Zuge dieser Verhandlungen oder Gespräche um den „lend lease“ trafen sich Roosevelt und Churchill. Zur Überraschung der Briten bestanden die USA darauf, einen Absatz über den freien Handel und den freien Zugang zu den Märkten in die Atlantikcharta einzufügen, die damals ausgehandelt wurde. Beide Regierungen verpflichteten sich, „den Zugang aller Staaten, groß oder klein, Sieger oder Besiegte, zum Handel und den Rohstoffen der Welt zu gleichen Bedingungen zu fördern“. Die USA wollten den Handelsblock, den Großbritannien auf der Grundlage seines ehemaligen Kolonialreichs gebildet hatte, in der Nachkriegswelt unbedingt aufgelöst wissen. Die Amerikaner versuchten daher „lend lease“ dazu zu benutzen, um die britische Vorkriegsfinanzordnung und das Handelssystem auszuhebeln, das auf der Region des Pfund Sterlings beruhte und außerdem im Grunde nach den imperialen Präferenzen Großbritanniens ausgerichtet war.

Britischer Verhandlungsführer in Bretton Woods 1944 war niemand geringerer als John Maynard Keynes. Für Großbritannien bestand das wichtigste Ziel bei diesen Verhandlungen darin, wie Keynes es formuliert hat „genügend Aktivposten zu behalten, um unabhängig handeln zu können“ (Keynes). Bei allen Differenzen stimmten britische und amerikanische Vertreter in einer Frage überein: Es sollte keine Rückkehr zur Situation vor dem Ersten Weltkrieg geben, als sich das Kapital über die Welt frei zu bewegen vermochte. Der internationale Handel müsste sich ohne Einschränkungen entwickeln können, die sich in den 1930er Jahren verheerend auf die Weltwirtschaft ausgewirkt hätten. Das schien den Verhandlern nur möglich, wenn die Kapitalbewegungen den Handel und die Währungsrelationen nicht stören würden.

Der amerikanische Finanzminister dieser Zeit, Henry Morgenthau erklärte das Ziel der Vereinbarung von Bretton Woods den versammelten Vertretern der 45 Nationalstaaten, indem er meinte, es ginge darum, „die wucherischen Geldverleiher aus dem Tempel der internationalen Finanz zu treiben“. Das war das Interesse, das er hier formuliert hat. Keynes ließ keinerlei Zweifel aufkommen, dass geregelter Kapitalismus, wie ihn diese Neuvereinbarung anstrebte, nicht möglich sei, wenn freie Kapitalbewegungen zulässig wären. Er sagt: „Freiheit der Kapitalbewegungen ist ein wesentlicher Bestandteil des alten Laissez-faire Systems. Es geht davon aus, dass es richtig sei, wenn sich die Zinssätze in allen Teilen der Welt angleichen. Meiner Meinung nach beruht die gesamte Lenkung der Binnenwirtschaft darauf, dass man angemessene Zinssätze ohne Bezugnahme auf die Sätze in anderen Teilen der Welt haben kann. Kapitalkontrolle ist die logische Folge davon.“ Soweit Keynes im Zusammenhang mit den Bretton Woods Verhandlungen.

Die Frage der Kapitalkontrolle stand in unmittelbarem Bezug zur politischen Lage, mit der sich Kapitalinteressen nach dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert sahen: Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte 1917 die Russische Revolution und von 1918 bis 1923 eine Reihe revolutionärer Erschütterungen in Europa nach sich gezogen. Angesichts des absehbaren Kriegsendes waren sich 1944 die weltlichen Regierungen dessen bewusst, dass eine Rückkehr zu den Bedingungen der 1930er Jahre furchtbare Kämpfe auslösen könnte. Daher dieses Befriedungsinteresse, das hier auch sichtbar wurde. Vor diesem gesellschaftlichen Hintergrund trat Keynes für Kapitalkontrollen ein. Ohne sie wäre jede Regierung, die sich für Reformen, für Arbeitslosengeld und andere soziale Maßnahmen einsetzt, einem Boykott ihres Programms durch Kapitalflucht ausgesetzt. Und die Kapitalflucht sollte verhindert werden.

Die Regierungen müssten gewissermaßen vor destabilisierenden Folgen einer Kapitalflucht geschützt werden, damit sie eben über Handlungsspielräume verfügen und auch Zugeständnisse an die Forderungen der Arbeitnehmerinteressen machen können. Hier schließt sich der Kreis. Wenn Sie sich an die Geschichte des Neoliberalismus erinnern und seine Gegenfunktion zum Keynesianismus, dann haben Sie hier die Anschluss-Stellen.

Das Bretton Woods Abkommen von 1944 mit seinen festen Wechselkursen und Hilfsmaßnahmen für Länder, die sich in Zahlungsbilanzschwierigkeiten befanden, legte zusammen mit dem Marshall Plan (1947-1950) für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas das Fundament. Letztendlich war das auch mit die Grundlage für ein Viertel Jahrhundert kapitalistischer Expansion, wie man sie im Grunde in Europa bis dahin nicht gekannt hat. Es gab weder davor, noch danach eine vergleichbare Periode, in

der die Weltwirtschaft derart schnell wuchs, und der Lebensstandard der Arbeitnehmer/innen – zumindest in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern – derart rasch anstieg, wie das der Fall war.

Aber das Bretton-Woods-System hat die grundlegenden Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht überwunden. Eben die wirtschaftliche Expansion, zu der es beigetragen hatte, brachte die Widersprüche wieder an die Oberfläche und führte schließlich auch das Ende dieser geregelten Nachkriegsordnung herbei. Die Ursache des Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Systems umfasst zwei Tendenzen, die eigentlich miteinander in Verbindung stehen. Erstens die Entstehung eines globalen Produktions- und Finanzsystems und zweitens den relativen Niedergang der USA im Rahmen dieser Bretton-Woods-Ordnung. Es waren natürlich die USA, die zu einem neuen, auf freier Kapitalbewegung beruhenden Regime überwechseln wollten, um ihre globale Vormachtstellung auch verteidigen zu können.

Die Wirtschaftsordnung des Bretton-Woods-Systems hat schon sehr bald die ersten Wunden davongetragen. Schon Ende der 1950er Jahre geschah das durch den so genannten Eurodollarmarkt. Das sind die Dollars, die sich außerhalb der USA in Europa im Umlauf befanden und einen eigenen Markt abgegeben haben. Sie hatten sowohl für Europa, als auch für die USA ganz bestimmte Auswirkungen. Um diesen Eurodollarmarkt geht es einmal am Ende der 1950er Jahre. Das ursprüngliche Währungsabkommen hatte nämlich freie Umtauschbarkeit aller Währungen vorgesehen. Das hat sich bis 1958 im Grunde als unmöglich erwiesen. Als der Termin für die freie Umtauschbarkeit immer näher rückte, kam es 1957 zur so genannten Pfund-Krise. Die britische Regierung hat darauf so reagiert, wie es im Rahmen des Bretton-Woods-Vertrags vorgesehen war, nämlich durch Einschränkungen des Kapitalverkehrs.

Diese Entscheidung passte den britischen Banken überhaupt nicht, und sie fürchteten von ihren transatlantischen Konkurrenten überflügelt zu werden, falls sie durch die Maßnahmen ihrer Regierung zur Verminderung der internationalen Kreditvergabe gezwungen würden. Sie haben daher versucht, die Beschränkungen zu umgehen. Anstatt mit Pfund finanzierten sie ihre internationalen Transaktionen mit denen bei ihnen hinterlegten Dollars und konnten auf diese Weise ihre internationalen Aktivitäten trotz der Pfund-Kontrollen fortsetzen.

Die britische Regierung verfolgte die Entwicklung dieses neuen Finanzmarktes, der sich da herausgebildet hat, mit zwiespältigen Gefühlen. Einerseits erzwangen die Erfordernisse nationaler Politik Finanzkontrolle, andererseits wollten sie natürlich London als internationales Finanzzentrum nicht gefährden, das sollte aufrechterhalten werden. Das war auch mit der Hintergrund für diese Maßnahmen.

Zu dieser Zeit trat dann ein weiter, in der Struktur des Systems verwurzelter Widerspruch zutage. Im Rahmen der Vereinbarungen von 1944 diente der Dollar als Weltwährung, was den USA gegenüber den anderen Ländern große Vorteile einbrachte. Diese Vorteile wurden – zumindest theoretisch – durch die Regelung beschränkt, dass der Dollar zum Kurs von 35 Dollar pro Feinunze Gold eingetauscht werden konnte. Bei solchen Finanzvereinbarungen kommt es relativ oft vor, dass im Grunde dieses Golddeckungssystem eigentlich nur so lange funktioniert, solange es tatsächlich nicht in Anspruch genommen wird. Solange die Masse von amerikanischen Dollars, die überall auf der Welt zirkulieren, durch in den USA gelagertes Gold gedeckt war, konnte das System funktionieren. Aber die Expansion der internationalen Wirtschaftswelt führte zu erhöhter Nachfrage nach internationaler Liquidität in Form amerikanischer Dollars. Somit ist das Verhältnis von Gold zum Dollar eigentlich hinfälliger geworden, je mehr sich die Weltwirtschaft ausgedehnt hat.

In den 1960er Jahren wuchs der Dollarüberhang – die Differenz zwischen den zirkulierenden Dollars und dem Wert der Golddeckung – als Ergebnis wachsender amerikanischer Auslandsinvestitionen aber vor allem auch der Militärausgaben. Die amerikanische Regierung hat damals Maßnahmen zur Einschränkung der Kapitalbewegungen ergriffen, und wie zuvor ihre britischen Partner entdeckten auch amerikanische Finanzinteressen den Eurodollarmarkt als ein Mittel, um Maßnahmen der eigenen Regierung zu umgehen. Die Amerikaner haben diesen Markt genutzt.

Auch die amerikanische Regierung hat hier wieder eine sehr zwiespältige Haltung zum Eurodollarmarkt gezeigt. Sie versuchte den Abfluss von Kapital zu beschränken, um dem Zahlungsbilanzdefizit entgegenzuarbeiten. Aber das Vorhandensein des Eurodollarmarktes bedeutete auch, dass Ausländer geneigt waren, ihr Vermögen eher in Dollars anzulegen, und damit wurde der Druck auf die amerikanische Währung gemindert. Auch hier hat ein doppeltes Interesse eine Rolle gespielt.

Das Anwachsen dieses Eurodollarmarktes hatte jedoch Folgen, die eben von Keynes, aber auch vom amerikanischen Chefunterhändler Harry Dexter White in Bretton Woods durchaus gesehen oder vorausgeahnt worden waren. Größere Mengen von Finanzkapital konnten sich nur außerhalb der Kontrolle der Regierungen um die Welt bewegen. Das System fester Wechselkurse ließ sich nicht mehr aufrechterhalten. 1967 geriet das Pfund unter Druck, gefolgt vom Dollar 1968. 1971 war die amerikanische Handelsbilanz zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg negativ. Das ist ein so harter Einschnitt gewesen, der Nixon letztendlich zu seiner Aufkündigung vom 15. August 1971 schreiten ließ.

Unmittelbar nach dieser Entscheidung gab es von japanischer, aber auch von europäischer Seite Versuche, das Bretton-Woods-System in irgendeiner Form durch Ausübung von Kapitalkontrollen neu zu beleben. Aber die USA haben sich solchen Versuchen entgegengestellt, da es ihre Handlungsfreiheit sowohl international wie auch im eigenen Land eingeschränkt hätte.

Im Rahmen von Bretton Woods oder auch anderen Regulierungssystemen hätten die USA bestimmte Maßnahmen ergreifen müssen, um Ungleichgewichte in ihrer internationalen Position auszugleichen. Eine Möglichkeit wäre gewesen, die Militärausgaben zu senken, insbesondere was den Vietnamkrieg betrifft. Aber das hätte wieder eine Schwächung der Stellung der USA gegenüber anderen Großmächten zur Folge gehabt.

1971 gab es eine Arbeitsgruppe der Regierung, und die kam zu dem Schluss – Vorsitzender der Arbeitsgruppe war Paul Volker, der später auch Vorsitzender der US Notenbank war –, dass die Finanzierung der Defizite der Vereinigten Staaten diese „in die Lage versetzt hat, umfangreiche Auslandsmilitärausgaben zu tätigen und andere internationale Verpflichtungen auf sich zu nehmen“. So war der Bericht dieser Gruppe. Ein wichtiges Ziel bestehe darin – wieder Zitat – „die Außenpolitik von den Zwängen zu befreien, die sich aus der Schwäche des Finanzsystems ergeben.“ 1990 hat Volker rückblickend kommentiert und gemeint: „Präsidenten – insbesondere Johnson und Nixon – wollten nicht hören, dass ihre Handlungsmöglichkeiten durch die Schwäche des Dollars beschränkt seien.“

Ein anderer Weg zur Einschränkung des Zahlungsbilanzdefizits, zur Verminderung des Drucks auf den Dollar und zum Erhalt eines Regulierungssystems wären Ausgabenkürzungen in den USA selbst gewesen. Das hätte natürlich sofort eine Rezession ausgelöst, und angesichts der damals wachsenden Kampfbereitschaft von Arbeitern und aufgrund der Bewegungen rund um den Vietnamkrieg – insbesondere die Studentenbewegung, die hier eine Rolle gespielt hatte, aber auch der Rebellion von Jugendlichen in den Städten – hat man eine solche Möglichkeit ausgeschlossen, da sich das auf das soziale System sehr negativ ausgewirkt hätte.

In den herrschenden Kreisen der USA gab es beträchtliche Unterstützung für die Auffassung, dass eine Beseitigung des Systems von Kapitalkontrollen es der USA ermöglichen würde, ihre Vormachtstellung aufgrund ihres Gewichts in der Weltwirtschaft zu behalten. Andere Länder würden wegen der Bedeutung der USA im Weltwährungssystem weiterhin Dollar halten wollen. Nixons Finanzminister John Connally hat vor europäischem Publikum diese Auffassung in einem Vortrag zusammengefasst: „Der Dollar mag unsere Währung sein, aber er ist Euer Problem“. In einer Rede vor dem amerikanischen Publikum sagt derselbe: „Die Ausländer wollen uns abzocken. Unsere Aufgabe ist es, sie zuerst abzuzocken“.

Wer als Antwort auf die verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der vorherrschenden

globalen Finanzmärkte eine Rückkehr zu einer regulierten, kapitalistischen Weltwirtschaft und zu einer Politik die Sozialreformen anpreist – was wir in Österreich jetzt auch diskutieren –, muss davon ausgehen, dass letztendlich der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems eine Folge politischer Fehlentscheidungen war. Man kann natürlich annehmen, dass eine andere Politik letztendlich zu einem anderen Verlauf der Ereignisse geführt hätte, aber vermutlich ist die Einsicht und die Einschätzung richtig, dass das Ableben dieses Bretton-Woods-Systems nicht verhindert hätte werden können, weil der Zusammenbruch dieses Systems in ganz bestimmten Entwicklungstendenzen wurzelt.

Ich zitiere in dem Zusammenhang aus einer Studie: „Es erforderte eine zu starke Koordination der Politik der einzelnen Länder. Die einzelnen Länder konzentrierten sich immer stärker auf das heimische Wachstum, während die technologischen Kräfte, die das Wirtschaftswachstum beschleunigten die Internationalisierung von Waren, Märkten aber auch von Kapital verlangten. Man kann die Krise des Bretton-Woods-Systems als besonderes und sehr dramatisches Beispiel für das Zusammenprallen der nationalen Wirtschaftsregulierung und der Logik des Internationalismus betrachten. Unter den Umständen von 1971 erfolgte die Störung des Systems sehr offensichtlich und direkt von Seiten der Vereinigten Staaten.“ (Harold James, *International Monetary Cooperation Since Bretton Woods*, 207).

Der Zusammenbruch dieses Bretton-Woods-Systems war der erste Ausdruck der Zuspitzung der Widersprüche zwischen den Produktivkräften innewohnenden Tendenzen, einen globalen Maßstab zu entfalten und zu entwickeln, und dem beengenden System der Nationalstaaten und der nationalstaatlichen Logik. Wenn man so will, ist das, was wir jetzt häufig unter dem Titel der neoliberalen Globalisierung diskutieren, etwas, das 1971 bereits sichtbar wurde.

Die Aufhebung der Golddeckung des Dollars wurde durch die Beseitigung der festen Wechselkursrelationen begleitet, sowie durch Aufhebung der Einschränkung von Kapitalbewegungen, vor allem während der 1980er Jahre, als sich ein Land nach dem anderen gezwungen sah, unter dem Druck der internationalen Märkte die nationalen Kontrollen letztendlich aufzugeben.

Die Folge war eine Reihe von Krisen im internationalen Finanzsystem, die von einem Mal zum anderen Mal heftiger wurden. 1987 kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den amerikanischen und deutschen Behörden über die Zinspolitik. Das trug mit dazu bei, dass im Oktober desselben Jahres die Börsen einbrachen. Um einen weltweiten Zusammenbruch zu verhindern, haben die Finanzbehörden damals einschließlich der amerikanischen Notenbank Mittel in das internationale Finanzsystem hineingepumpt. Das hat zwar diesen globalen Zusammenbruch verhindert, hat aber dazu beigetragen, dass die Spekulationsblase in Japan gewissermaßen aufgepumpt wurde, die dann schließlich 1990 platzte und die japanische Wirtschaft in Schulden versinken ließ.

1992 gab es eine Pfundkrise gefolgt von den Turbulenzen auf der Wertpapiermärkten 1994 und der so genannten Mexikokrise 1994/95. 1997 kam die Asienkrise, 1998 die Zahlungsunfähigkeit Russlands und im September 1998 die Gefährdung des amerikanischen Finanzsystems durch den Zusammenbruch von Long Term Capital Management. Clinton hat damals in diesem Zusammenbruch die ernsthafteste Finanzkrise seit den Kriegsjahren geortet.

Die Gefahren schienen zeitweise – also bis noch vor etwa eineinhalb Jahren – hinter dem Rummel um die so genannte „New Economy“ zu verblassen, aber diese Euphorie um die „New Economy“ währte nicht lange. Wenn Sie sich an Österreich erinnern, zu Beginn dieser Regierungsperiode waren die Zeitungen voll davon. Mittlerweile – seit die Krisen hier zugenommen haben – ist davon eigentlich als Lösung für die Gegenwart kaum noch die Rede. Die grundlegenden Tendenzen der Weltwirtschaft sind mit dem Platzen dieser Seifenblasen und wachsenden Anzeichen für eine Weltrezession wieder deutlich geworden.

Das Bretton Woods System war also 1944 entstanden, als die kapitalistischen Großmächte mit dem Ziel, die Widersprüche der Weltwirtschaft in den Griff zu bekommen und die Entwicklung einer sozialistischen Revolution zu unterbinden, gewissermaßen ein Programm der nationalen Regulierung in Kraft gesetzt haben. 1971 leitete das Ableben ein neues Stadium ein, das mit der Entwicklung der

globalen Produktion und die Vorherrschaft eines internationalen Marktes charakterisiert war.

Die USA hatten dem alten System den Boden entzogen, um in der neuen Wirtschaftsordnung, die sich abzeichnete, ihre globale Vormachtstellung zu erhalten. Das gelang, aber zu sehr hohen Kosten. Das Programm des freien Marktes, für das sie sich während der vergangenen 30 Jahre so energisch eingesetzt haben, hat alle Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise nur weiter verschärft. Gleichzeitig ist – eben ausgehend vom 15. August 1971 – auch die Grundlage für eine Zusammenarbeit zwischen den kapitalistischen Mächten letztendlich eher schmaler und sicherlich nicht breiter geworden. Ich denke nur an Begriffe wie Standortkonkurrenz und ähnliches mehr. Die Auswirkungen dieser beiden Prozesse haben Voraussetzungen für große wirtschaftliche, soziale und politische Erschütterungen der kapitalistischen Weltwirtschaft in der unmittelbaren Periode geschaffen.

Die für uns und unsere Debatte im Zusammenhang mit Neoliberalismus relevanten institutionellen Säulen stammen eben aus dieser Bretton-Woods-Ära. Das sind der IWF und die Weltbank. Die WTO ist erst wesentlich später gegründet worden.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Der IWF wurde 1944 auf dieser Konferenz in Bretton Woods beschlossen. 1947 erhielt der IWF den Status einer Sonderorganisation der UNO. Allerdings muss man auch dazu sagen, die UNO hat im Verhältnis zum IWF sehr wenige Kompetenzen. Ziel des IWF war damals die institutionelle Neuordnung und Stabilisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage fester Wechselkurse zwischen konvertiblen Währungen. 1969 schuf der IWF ein internationales Zahlungsmittel, nämlich die so genannten Sonderziehungsrechte (SZR). Diese SZR sind eigentlich Rechengrößen. Mit den SZR wurde im Grunde auch Politik betrieben.

Heute gehören dem IWF 182 Mitgliedsstaaten an. Mit dem Beitritt der Staaten Mittel- und Osteuropas, der Schweiz und Russlands wurde der IWF 1992 zur weltumspannenden Organisation. Mitglied kann jedes Land werden, wenn es bereit ist die, aus dem IWF-Übereinkommen folgenden Pflichten zur Kooperation mit dem IWF zu erfüllen. Die Mittel des IWF stammen zumeist aus den Quoteneinzahlungen seiner Mitglieder für deren Höhe die Wirtschafts- und Finanzkraft eine zentrale Rolle spielen. Das Stimmgewicht jedes Mitgliedslandes hängt von der Höhe der Einzahlungen ab.

Wenn man die Aufgaben des IWF zusammenfasst, dann geht es um ein ausgewogenes Wachstum des Welthandels, das soll erleichtert werden. Es geht um internationale währungspolitische Zusammenarbeit, die gefördert werden soll. Es geht um geordnete Währungsbeziehungen zwischen den Mitgliedsländern, die aufrechterhalten werden sollen. Es soll auf innere und äußere Stabilität der Währungen hingewirkt werden.

Mitgliedsstaaten können Zahlungsbilanzhilfen des IWF in Anspruch nehmen, um eben vorübergehende außenwirtschaftliche Ungleichgewichte zu überwinden. Mit der Kreditaufnahme wird ein wirtschaftspolitisches Stabilisierungsprogramm des Mitgliedsstaates vorausgesetzt. Es werden nicht nur Defizite in den Zahlungsbilanzen finanziert, sondern gleichzeitig wirtschaftspolitische Kurskorrekturen in den einzelnen Ländern vorgenommen. Damit kann man sich auch vorstellen, welches zentrale neoliberale Steuerungsinstrument hier gegeben ist.

Speziell für Entwicklungsländer hat der IWF bestimmte Sonderfazilitäten geschaffen, etwa zur Finanzierung von Rohstoffausgleichslagern, zur kompensierenden Finanzierung (im Falle von Exporterlösausfällen), aber auch – und das ist sozusagen das wichtigste Instrument geworden – zur so genannten Strukturanpassung (SAF und ESAF). Die Strukturanpassungsfazilitäten des IWF sollen dem Wachstum in den Entwicklungsländern nach der Schuldenkrise neue Impulse geben, ohne die Inflationsmaschine wieder anzuhetzen.

Seit 1992 steht die Strukturanpassung in den Staaten Mittel- und Osteuropas im Vordergrund der

Tätigkeiten des IWF. Dort gilt es, die Voraussetzungen für die Entfaltung von Privatinitiativen und Marktwirtschaft zu schaffen.

Der IWF ist einer der zentralen Akteure der Weltpolitik. Er ist eine der drei Hauptsäulen der „neoliberalen Dreieinigkeit“ in der Welt sei – Weltbank, IWF und WTO.

Die Säulen der Weltbank und des IWF haben nach 1971 einen ganz wichtigen Funktionswandel durchgemacht. Sie haben sich unter einem keynesianischen Anspruch gegründet, aber haben mit 1971 eine Entwicklung im Kontext der neoliberalen Veränderung der Welt gemacht. Elmar Altvatter nennt das die „neoliberale Konterrevolution“. Im Rahmen dieser haben sich IWF und Weltbank zu neoliberalen Apparaten gewandelt, ganz im Unterschied zu ihrer Bestimmung anlässlich ihrer Gründung 1944.

Seit 1994, dem Zeitpunkt der Gründung der WTO als drittes Glied neben Weltbank und IWF, hat sich hier ein „neues Machtdreieck“ (Chossudovsky 2002, 47) herausgebildet. Die neue Welthandelsordnung bestimmt die Beziehung zwischen den internationalen Finanzorganisationen und den nationalen Regierungen völlig neu. Die Durchsetzung der wirtschaftlichen Auflagen des IWF und der WB beruht nicht länger auf nur bi- oder multilateralen Kreditvereinbarungen, die im Grunde rechtlich nicht bindend waren. Diese Eckpfeiler der Strukturanpassungsprogramme, eben Liberalisierung des Handels, Privatisierung, Öffnung für ausländische Investoren, sind nun in den Vertragsbestimmungen der WTO fest verankert worden. Die Vertragsklauseln der WTO stellen – so wird es zumindest auch in der Literatur kritisiert – eine Art „Charta für multinationale Konzerne“ dar. Globale Konzerne erhalten ausgedehnte Machtbefugnisse, während es den Nationalstaaten erschwert wird, ihre Volkswirtschaften nach eigenen Vorstellungen zu regulieren. Das ist mit ein Grund, warum man der WTO etwa zuschreibt, dass ihre Regeln Vorschub leisten in Richtung Rekolonialisierung der Länder der Dritten Welt (ebd., 50).

Die Strukturen des IWF gelten als intransparent und undemokratisch. Es ist interessant, dass daran nicht nur linke Kritik formuliert wird, sondern Sie finden auch etwa in der Financial Times Hinweise dazu, dass der IWF genauso wie auch die Weltbank nach „ständischen“ Prinzipien regiert wird: Unter den Mitgliedsstaaten des IWF dominieren die USA, die hier besonders einflussreich sind. Die Stimmgewichte werden nicht nach der „One-state-one-vote-Doktrin“ vergeben, sondern nach der wirtschaftlichen Stärke. Dafür gibt es eine Formel der Gewichtung, die besagt, dass die Höhe des Volkseinkommens, der Währungsreserven, des Außenhandels und der Exportabhängigkeit von Belang sind. Bei Entscheidungen, die besagen „ein Dollar, eine Stimme“ hat das zur Folge, dass Indien, das über 16% der Weltbevölkerung hat, nur über 2% der Stimmrechte verfügt. Das ist der Grund warum die Struktur unter Beschuss gekommen ist.

Die Kritik lautet weiterhin, dass der IWF eigentlich in einer Krise stecke, weil es ihm an politischer Legitimation mangle. Längst wird der IWF nicht nur von Linken kritisiert, sondern auch von Ökonomen, die Struktur und Instrumentarium überholungsbedürftig ansehen. Sie sehen den IWF als Verkörperung eines längst überholten Glaubens an die Interventionsrationalität großer Institutionen. Der IWF – heißt es – ist zu einem institutionellen Dinosaurier der Weltpolitik herangewachsen, zu einer Weltbehörde mit mehr als 12.000 Mitarbeitern, zu einer diffusen Vielfalt von Zuständigkeiten, eingebettet in ein schwer durchschaubares System politischer Entscheidungsfindung.

Der IWF hat die letzten fünf Jahrzehnte seit seiner Gründung in fast unveränderter, institutioneller Ausgestaltung überlebt. Es ist offensichtlich, dass sich in dieser Zeit die politischen Probleme gewandelt haben, aber auch die geltenden Wertvorstellungen dramatisch verändert wurden. Man könnte schon das Alter des IWF als Anlass zur Kritik sehen, weil seine Zielsetzungen längst nicht mehr aktuell sind, und daher auch seine Instrumente nicht unbedingt zur Problemlösung geeignet scheinen.

Seit 1999 haben der IWF und auch die Weltbank eine neue Aufgabe bekommen, nämlich die weltweite Bekämpfung von Armut. Die Sorge um die Begrenzung der Rüstungsausgaben und die auf „good governance“ (politisches Wohlverhalten), das ist ein Terminus Technicus, der Mittlerweile

auch im Rahmen der EU eine große Rolle spielt, wobei es dabei um die Beurteilung des politischen Wohlverhaltens unter Staaten geht. Insofern kann man sich auch vorstellen, dass der IWF Teil des Jahrhundertkrieges gegen den Terror ist, den Bush Jr. gegen die „Achse des Bösen“ ausruft.

Eine Reform des IWF ist nur nach amerikanischen Maßstäben möglich. Der IWF ist im Grunde unreformierbar, sofern die USA nicht ihr Interesse daran erklärt und ihre Vorstellungen auch deutlich machen. Es ist auch richtig, dass die USA nach Sanktionsmöglichkeiten suchen, und ihre Bereitschaft geht in die Richtung, dass Länder, die gegen die aufgestellten Regeln von IWF und WB verstoßen, im Krisenfall kein Geld vom IWF mehr erwarten dürfen.

Der IWF arbeitet letztendlich wie eine Behörde und verordnet Standardrezepturen. Er fungiert in diesem Sinne als Gläubigerkartell, also sowohl für die privaten und die öffentlichen Gläubiger. Im Moment sind es etwa über 50 Länder des Südens, die zurzeit unter Kuratel des Strukturanpassungsprogramms stehen. In den Strukturanpassungsprogramme gibt es diesen wunderbaren Begriff der „makroökonomischen Konditionalität“, was im Grunde nichts anderes bedeutet, als, dass sich Nationalstaaten in ihren Strukturen, in ihren Entwicklungsweisen, dem Liberalisierungsdruck unterstellen müssen.

Die neoliberale Offensive der letzten beiden Jahrzehnte, die den Süden und den Osten fast flächendeckend erfasst hat, wäre ohne den IWF im Grunde nicht vorstellbar gewesen. Die Schuldenkrise der Dritten Welt sowie die Implosion des Staatssozialismus haben den Einfluss des IWFs erheblich gestärkt.

Die Asienkrise im Jahre 1997 wurde zunächst einmal erklärt durch Korruption und Bürokratie in den Ländern selbst und die Antwort, die man darauf hatte, war eine weitere Öffnung der Länder im Rahmen der WTO zu fordern. Sie erinnern sich an den Begriff MAI, hier sollte ein multilaterales Investitionsabkommen vereinbart werden. In dieser Situation war auch der IWF in einer sehr schwierigen Lage – er konnte die Probleme nicht weiter ignorieren und musste einfach zur Kenntnis nehmen, dass es eine gewisse Zentrum-Peripherie-Abhängigkeiten gibt. Es wurde spätestens mit der Asienkrise 1997 auch dem IWF klar, dass die Liberalisierung des Kapitalverkehrs in immer schwieriger zu meisternde monetäre Krisen münden würde. Zum ersten Mal hat sich damals die neoliberale Doktrin ein wenig gewandt. Es wurde damals nach der Steuerung durch Nationalstaaten gerufen. Interessant in diesem Zusammenhang ist, dass jene Länder am besten die Krise überwunden haben, die sich nicht daran gehalten haben, was der IWF verordnet hat.

Ein Beispiel dafür war Malaysia. Da wurde die Kredithilfe durch den IWF abgewiesen und eine Kapitalausfuhrbeschränkung wurde erlassen. Die Länder Asiens, die in Form von Zinssenkungen auf dirigistische staatliche Eingriffe setzen, meisterten interessanterweise die Krise relativ am besten.

Ein anderes Beispiel ist etwa die Währungspolitik Argentiniens. Die Koppelung an den Dollar ist vom IWF immer als mustergültiges Beispiel zitiert worden. Und genau das hat zur ökonomischen Talfahrt des Landes geführt. Insofern äußert man sich durchaus schon kritisch gegenüber der blinden Ankoppelung der jeweiligen Währungen an den Dollar und es wird von Ökonomen als „neuer finanzieller Imperialismus“, der da entstanden ist, kritisiert.

Weltbank (WB)

Auch die Weltbank wurde nach dem Zweiten Weltkrieg im Zusammenhang mit Bretton Woods gegründet. Ihre ursprüngliche Aufgabe war ebenfalls die Schaffung von Währungsstabilität zur Vermeidung von Finanzkrisen. Auch diese Aufgabe geriet zunehmend in den Hintergrund und die beiden Institutionen spielten eine entscheidende Rolle bei der Beschneidung des staatlichen Einflusses auf die Zirkulation des transnationalen Kapitals.

Die Aufgabe der WB besteht eben darin, durch ihre Politik die Entwicklungsländer für ausländische Investoren und ihre spekulativen Interessen zu öffnen, das heißt etwa alle Auflagen zu beseitigen mit

denen die armen Länder ihre Umwelt und ihre weniger konkurrenzfähige Wirtschaft gegen das Kapital der reichen Länder zu schützen versuchen.

Da sich die Stimmenanteile in den Organisationen nach den Finanzeinlagen der einzelnen Mitgliedsstaaten berechnen stehen die mit Abstand höchsten Stimmenanteile den USA zu, das im IWF ein quasi Vetorecht hat, gefolgt von Japan und den großen EU Staaten, also Deutschland, Frankreich, Großbritannien.

Die WB steht als Synonym für eine Ideologie für eine uneingeschränkte freie Entwicklung des Marktes, was freilich ihre mächtigsten Mitgliedstaaten nicht daran hindert, eine äußerst restriktive Importpolitik und Abschottung ihrer Grenzen zu betreiben.

Wir haben schon öfters über solche Widersprüche gesprochen. Die Weltbank ist der größte existierende Kreditgeber an Drittweltländer. Als es durch nationale Freiheitskämpfe gelang die Entkolonialisierung voranzutreiben, nützte das den neuen Nationen eigentlich recht wenig. Ihre selbst hergestellten Produkte, wurden ihnen nach der Entkolonialisierung nicht mehr genommen, sie mussten ihre Waren nun selbst auf den Weltmarkt bringen. Die Jahrhunderte lange Herrschaft der Europäer hatte ihnen gewissermaßen als wichtigstes Erbe die Einbindung in den Weltmarkt hinterlassen. Aufgrund der meist einseitigen Ausrichtung der Produktion, taugte diese Produktion faktisch nur für den Export und nicht für die lokalen und regionalen Bedürfnisse. In diesem Sinne ist die Funktion, die früher die Kolonialherren hatten, nun durch Zinssätze übernommen worden, bzw. durch die so genannten „Terms of Trade“.

Das Kommando fiel dem in WB und IWF organisierten internationalen Kapital zu, das inzwischen das durchgesetzt, was den Kolonialherren nur im Ansatz gelungen war: die Ablösung der Subsistenzproduktion durch Mehrwertproduktion, die Umwandlung von Subsistenzproduktion in „cash crops“. Das sind nur für den Export geeignete Früchte, die in Monokulturen angebaut werden. Das sind dann die Erdbeeren im Winter aus Kenia. Es findet eine Verdrängung statt, was Subsistenzanbau anlangt und stattdessen wird für den Weltmarkt produziert.

In der Regel vergibt die WB zweckgebundene sektorale Kredite im Zusammenhang mit den bereits erwähnten Strukturanpassungsprogrammen. Das heißt zum Beispiel für die Landwirtschaft: Vollständige Konzentration auf den Export. Die Produktion für den Eigenverbrauch, also lokale Märkte, hat keine Bedeutung für internationale Finanzmärkte. Das existiert in den Köpfen der Weltbankstrategen nicht. So werden Felder, auf denen bis dahin vorwiegend Frauen als Bäuerinnen Grundnahrungsmittel für ihre Familien angebaut haben, umfunktioniert und mit hohem technischem Aufwand für Kaffee- und Kakaoproduktion eingesetzt. Dieser hohe technische Aufwand bedeutet natürlich wieder in der Folge Aufträge für Großkonzerne, und dann zahlt eben die Weltbank das Darlehen gleich an die Unternehmen, und diese verdienen dann an den für die Schuldnerländer oft nutzlosen Projekten.

Die Weltbankexperten geben allen ihren Kreditnehmern durchaus ähnliche Empfehlungen, was sie anbauen sollen, geben werden damit die Märkte mit immer denselben Produkten überschwemmt. Die Preise sinken in Folge der Konkurrenz, die Kredite und ihre hohen Zinsen können nicht bezahlt werden. Aber die Flächen für den Grundnahrungsmittelanbau sind für immer weg, und die Folge ist Landflucht und Flucht in die Nachbarländer.

Mehr Schulden heißt in der Folge auch weniger Eigenständigkeit und starke Weisungsgebundenheit. In diesem Sinn greifen dann IWF und WB direkt in die Innenpolitik der Schuldnerländer ein.

Die umstrittenen Projekte der Weltbank sind immer durch die Medien gegangen, wie etwa Staudammprojekte in Drittweltregionen, die durch Umsiedlung, Überflutung und Austrocknung aus Millionen von Menschen Flüchtlinge gemacht haben. Das muss man sich in Erinnerung rufen, wenn es dann darum geht in Österreich die Abweisung von Wirtschaftsflüchtlingen zu diskutieren, weil das oftmals im Zusammenhang mit solchen Projekten steht.

Ist ein Land dann nicht in der Lage seine Darlehen zurückzuzahlen, werden die Schulden selten gestrichen, sie werden auf den IWF umgeschuldet. Nicht immer sind die Umweltzerstörungen die Probleme, die WB und IWF angehen wollen, sondern die Schaffung der „Zahlungsfähigkeit“, das ist das primäre Anliegen.

Diese Zahlungsfähigkeit soll durch diese Strukturanpassungsprogramme hergestellt werden. Sie beinhalten im Normalfall Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung. Die Löhne sollen gesenkt werden, Nahrungsmittelsubventionierungen werden gestrichen, Sozialaufgaben reduziert und die Landeswährungen werden abgewertet. Sie führen zu Massenentlassungen und noch mehr Menschen leben unter der Armutsgrenze. Durch die Abwertung der Landeswährungen soll weniger konsumiert und mehr exportiert werden. Weniger konsumieren heißt in solchen Regionen auch mehr Hunger und das ist wieder Anlass zur Flucht.

Ein Beispiel, wo wir das deutlich beobachten konnten, ist das der ehemaligen Republik Jugoslawien, wo zu Beginn einer sehr schlechten ökonomischen Lage über Strukturanpassungsprogramme eine weitere Verschlechterung herbeigeführt wurde, die letztendlich zu diesem Balkankrieg geführt hat. In Folge des Programms kam es zuerst zu starken Lohnsenkungen, dann wurden Löhne ganz eingefroren, die Inflationsrate ging auf über 100%. Es kam zu Unruhen verschiedener Art und der Nationalismus ethnischer Gruppen bekam Auftrieb.

Die von der WB erzwungene Öffnung der Märkte bedeutet letztlich eben auch einen Angriff auf die soziale Situation von Arbeitnehmer/innen in den Industrieländern selbst, die sich in eine noch direktere Konkurrenz zu Lohnabhängigen in der Dritten Welt gesetzt sehen. Die als naturgesetzlich dargestellte neoliberale Globalisierung dient zunehmend auch als Hebel zur Beschneidung lang erkämpfter Tariflöhne und sozialer Standards. Das ist etwas, das wir in Europa ganz deutlich auch wahrnehmen können.

In der Vergangenheit hat die WB immer bereitwillig auch diktatorische Regime unterstützt, die diese Mittel oft in Militärausgaben zur Unterdrückung sozialer Unruhen steckten. Das ist dann genau diese Art von Regierungen, mit denen immer gern kooperiert wurde. Chile war ein sehr markantes Beispiel. Im Nachhinein, wenn solche Modelle schief gelaufen sind, hat man im Grunde immer die korrupten Eliten kritisiert oder mangelnde Demokratie und Staatsbürokratie als Ursachen für vereitelte wirtschaftliche Erfolge gesehen und eigentlich nur selten die eigenen Programme kritisch betrachtet.

Die WB versteht sich ihrer Satzung gemäß als eine rein ökonomische Einrichtung. Sie ist in Wahrheit zu einer ausgesprochen politischen Macht geworden. In Zeiten zunehmender Globalisierung hat die WB oftmals mehr Einfluss auf Staatspolitiken, als die Regierungen der jeweiligen Länder selbst. Man kann das im Prinzip an vielen Beispielen nachvollziehen. Wir haben darüber schon gesprochen, dass im Zusammenhang mit dem Militärputsch in Chile 1973 die wirtschaftlichen Schocktherapien der „Chicago Boys“ propagiert wurden. Das war ein solches Modell, an dem diese Kooperation auch deutlich wurde. Ganz ähnlich war es 1975 in Argentinien, anlässlich des militärischen Staatsstreiches, der eine exakte Kopie des Putsches in Chile war.

Jedenfalls waren die Wirtschaftsrezepte im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme in den 1970er Jahren noch nicht offizielle Politik. Die wirtschaftlichen Maßnahmen in Chile und Argentinien waren eine Generalprobe für Dinge, die erst noch folgen sollten. Mittlerweile bedarf man nicht mehr der Militärregimes, es sind also durchaus auch so genannte Demokratien, die in ihren Ländern die Volkswirtschaften nach den Richtlinien und Kriterien der WB und ihrer Privatisierungsprogramme gewissermaßen „verhöckern“.

Seit den frühen 1980er Jahren zwingen IWF und WB den Entwicklungsländern als Bedingung für Umschuldungsverhandlungen und für neue Kredite eben diese Programme zur „makroökonomischen Stabilisierung“ auf. Diese Programme, die nationale Währungen destabilisieren und die Wirtschaften ruinieren, haben zur Verarmung von Hunderten Millionen Menschen geführt. Es ist seit dem Ausbruch der Schuldenkrise in den 1980er Jahren, dass der IWF und die Weltbank idente wirtschaftliche Gesundungsrezepte in mehr als 150 Ländern anwenden (Chossudovsky 2002, 18), im Süden, wie im

Osten. In all diesen Ländern wurde das gleiche Muster ökonomischer Manipulation und politischer Einmischung durch internationale Finanzorganisationen praktiziert.

Schuldernationen verlieren ihre ökonomische Souveränität. Sie verlieren die Kontrolle über die Steuer- und Geldpolitik, und den Entwicklungsländern wird seitens IWF und WB die Möglichkeit genommen, ihre Volkswirtschaften eigenständig aufzubauen. Stattdessen machen internationale Finanzorganisationen aus diesen Ländern so genannte „offene Wirtschaftsgebiete“ und verwandeln ihre Volkswirtschaften in Reservoirs billiger Arbeitskräfte und natürlicher Ressourcen.

Mit ökonomischer Repression geht zumeist die politische Repression einher. Die Strukturanpassungsprogramme erfordern die Stärkung interner Sicherheitsapparate und militärischer Nachrichtendienste. Das Wesen dieser Wirtschaftsreformen schließt echte Demokratisierung in diesen Ländern aus. Militär und autoritäre Staatsmacht geben Rückendeckung, Strukturanpassungen begünstigen Scheindiskussionen und vorgetäuschte parlamentarische Demokratie.

Nach 1989 – mit dem Ende des Kalten Krieges – wurde dieses Modell auf die Länder des ehemaligen Ostblocks übertragen. Heute können wir *raisonnierer*, dass als Folge der IWF-Reformen viele dieser Länder tendenziell verarmt sind, erhebliche Teile Osteuropas und auch der ehemaligen Sowjetunion heute wieder zur Dritten Welt gehören, und die Grundversorgung in diesen Ländern immer mehr ruiniert wird.

Die ökonomische und soziale Krise, die im Zuge dieser Politik rasant vorangeschritten ist, hat große Teile der Weltbevölkerung erfasst. Das Ganze wird auch unter dem Stichwort der „Globalisierung der Armut“ zusammengefasst. Die neue Weltordnung ist eben eine Ordnung der Armut, eine Ordnung die sich in der Arbeit in so genannten Niedriglohnjobs niederschlägt, aber auch eine Ordnung zunehmender Repression und zunehmender Zerstörung natürlicher Umwelt.

Der ILO zufolge waren 1996 weltweit eine Milliarde Menschen – also fast ein Drittel der globalen Erwerbsbevölkerung – von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Weltarbeitslosigkeit dient als Hebel, um weltweit die Lohnkosten zu regulieren. Die neue Weltordnung schafft soziale Apartheid, sie schürt Rassismus und ethnische Kämpfe, höhlt die Rechte von Minderheiten und natürlich auch die Rechte von Frauen aus und führt zu zerstörerischen Auseinandersetzungen.

Nach einem mündlichen Vortrag von Prof. Eva Kreisky, gehalten im Zuge der Vorlesung: „Neoliberalismus, Staat und Geschlecht“, am 3. Juni 2002;

Bitte nicht zitieren!

Die angegebene Literatur findet sich auf der Website zur Vorlesung:
<http://www.political-science.at/tutorien/neoliberalismus.htm>